

Ercheint alle 4 Wochen
 Viertel. Bezugspreis
 1,50 Mk.
 Zu beziehen im Verlag
 „Die Eiche“, Berlin
 NW 55, Greifswalder
 Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
 gespaltene Petteille
 20 Pfg.
 Arbeitsmarkt 15 Pfg.
 Ortsvereinsanzeigen
 10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 8

Berlin, den 4. August 1933

44. Jahrg.

Gewerkschaft
 Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an B. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 30821 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Gewerkschaft
 Alexander 4719

Den Blick vorwärts gerichtet!

Von den Gewerben, die neben dem Baugewerbe mit am schwersten unter der langanhaltenden schweren Wirtschaftskrise zu leiden hatten, kann man wohl mit voller Berechtigung das Holzgewerbe bezeichnen. Das liegt in der Natur der Sache. Brot und sonstige Nahrungsmittel, auch die notwendigsten Bekleidungsstücke, muß der Mensch haben, aber z. B. auf Möbel kann er wenn es nicht anders geht, verzichten. So kommt es, daß trotz aller Anstrengungen und Hilfsmaßnahmen, die Arbeitslosenziffer im Holzgewerbe und in der Holzindustrie außerordentlich hoch ist.

Trotz alledem kann nicht behauptet werden, daß die Holzarbeiter von einer besonderen Mutlosigkeit erfaßt sind, das Gegenteil hiervon ist vielmehr richtig. Wer aufmerksam die Bewegung in den einzelnen Orten verfolgt, kommt zu der Erkenntnis, daß auch die Holzarbeiter von der neuen Welle besonders stark erfaßt sind. Das Eis ist gebrochen, die scheinbar eingetretene Gleichgültigkeit beginnt zu weichen, die kampfgewohnten Muskeln beginnen sich wieder zu straffen, die Blicke werden wieder hoffnungsvoller. Der erste Schritt war der Weg zur Organisation. Viele dieser braven wirtschaftlichen Kämpfer haben notgedrungen ihre langentworfenen Rechte preisgegeben, sie haben sich wieder eingereiht in das Heer der Organisierten, sie wollen nicht mehr länger abseits stehen, sie wollen mit ihrer schweißigen Faust und mit dem Hirn der Erfahrungen mithelfen an dem Aufbau der einzigen Arbeitsfront. Wir begnügen diese bewährten Kämpfer auf das Herzlichste, wir sind uns bewußt, daß die übergroße Mehrzahl dieser Kollegen nicht aus bösem Willen oder aus Verärgerung der Organisation untreu geworden sind, sondern daß vielmehr die langanhaltende Not sie meist zu diesem Schritt gezwungen hat. Viele von ihnen hat das Schicksal besonders hart angefaßt, man muß in manche dieser Familien hineingeschaut haben, um ermessen zu können, was diese Kollegen gelitten haben. Wenn dieselben nun wieder in so hoher Zahl den Weg zur Organisation gefunden haben, so zeigt es, daß bei ihnen trotz aller Not der Mut noch nicht gebrochen ist, daß sie sich ihres Wertes noch voll und ganz bewußt sind. Viele von ihnen haben sich an Opferfreudigkeit so leicht von keinem Übertrumpfen lassen und wir sind davon überzeugt, daß dieselben auch in der geeinten großen Arbeitsfront manchen Laien wieder als Vorbild dienen werden.

Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Schwergelährten in jeder Weise mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, in erster Linie dafür zu sorgen, daß sie wieder in Lohn und Brot kommen. Der entschulte Lebensgeist darf nicht wieder zum Erlöschen kommen, diese Kollegen müssen zu der Erkenntnis kommen, daß sie noch eine zwar schwere, aber dankbare Lebensaufgabe zu erfüllen haben, das Wort Arbeit muß wieder Lebensinhalt werden. Auch das Holzgewerbe wird wieder Lohn und Brot für die vielen brachliegenden Kräfte bringen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, die Anfänge sind gemacht, tragen wir alle, jeder an seinem Teil zur Behebung bei, dann werden auch für die schwergelährten Holzarbeiter bessere Verhältnisse eintreten. In erster Linie heißt es:

den Blick vorwärts gerichtet!

Die Treuhänder der Wirtschaft gewährleisten den Wiederaufbau der Wirtschaft.

In Ausführung des am 19. Mai d. J. verabschiedeten Gesetzes über „Treuhänder der Arbeit“ ist Deutschland in 13 Wirtschaftsgebiete aufgeteilt worden, für welche die nachstehend bezeichneten Personen als Treuhänder bestimmt sind:

1. Ostpreußen: Bezirk: Provinz Ostpreußen. Treuhänder: Schreiber.
2. Schlesien: Bezirk: Provinzen Niederschlesien (ohne Kreis Hoyerwerda) und Oberschlesien, Kreis Frau-stadt. Treuhänder: Reichsanwalt: Dr. Nagel.

3. Brandenburg: Bezirk: Stadt Berlin, Provinz Brandenburg, Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (ohne Kreis Fraustadt), Kreis Hoyerwerda. Treuhänder: Johannes Engel.
4. Pommern: Bezirk: Provinz Pommern, Freistaat Mecklenburg-Strelitz ohne den Landesteil Rügen-Schönberg. Treuhänder: Dr. Graf v. d. Golz.
5. Nordmark: Bezirk: Provinz Schleswig-Holstein, Freistaat Hamburg, Freistaat Mecklenburg-Schwerin, Freistaat Lübeck, Landesteil Rügen-Schönberg, Oldenburgischer Landesteil Lübeck, Hannoverische Kreise: Land Hadeln, Stade, Harburg-Wilhelmsburg (Stadt) und Harburg-Land. Treuhänder: Senator Dr. Bölgert.
6. Niedersachsen: Bezirk: Provinz Hannover (ohne Hadeln, Stade, Harburg-Wilhelmsburg), Freistaat Oldenburg (ohne Landesteile Lübeck und Birkenfeld), Freistaat Bremen, Freistaat Braunschweig. Treuhänder: Bürgermeister Dr. Markert.
7. Westfalen: Bezirk: Provinz Westfalen, Regierungsbezirk Düsseldorf, Kreise Altenkirchen und Villingen, Freistaaten Lippe und Schaumburg-Lippe. Treuhänder: Dr. Josef Klein.
8. Rheinland: Bezirk: Rheinprovinz (ohne Regierungsbezirk Düsseldorf und Kreis Altenkirchen), die Orte Oberlahnstein, Niederlahnstein, Braubach, Friedrichs-fegen, Nievern und Faßbach, Unterverwaltdkreis, Oldenburgischer Landesteil Birkenfeld. Treuhänder: Wilhelm Bürger.
9. Hessen: Bezirk: Freistaat Hessen, Provinz Hessen-Nassau (ohne Kreis Villingen und Herrschaft Schmalkalben und ohne die unter 8 genannten einzelnen Orte sowie ohne den Unterverwaltdkreis. Treuhänder: Handelskammerpräsident Dr. Lier.
10. Mitteldeutschland: Bezirk: Provinz Sachsen, Freistaat Thüringen, Freistaat Anhalt, Herrschaft Schmalkalben. Treuhänder: Oberregierungsrat Dr. Wiesel.
11. Sachsen: Bezirk: Freistaat Sachsen. Treuhänder: Ministerialrat Hoppe.
12. Bayern: Bezirk: Freistaat Bayern einschließlich Pfalz. Treuhänder: Hartmann.
13. Südwestdeutschland: Bezirk: Freistaat Baden, Freistaat Württemberg, Hohenzollern-Sigmaringen. Treuhänder: Dr. Kimmich.

Ueber das Aufgabengebiet der Treuhänder der Arbeit führte der Treuhänder für Brandenburg Johannes Engel vor den Vertretern der Berliner Presse etwa folgendes aus:

„Seit dem 30. Januar hat die nationalsozialistische Regierung einjährig gigantische Taten vollbracht. Vieles, was unsere Gegner, ja selbst Mitglieder aus unserer Reihen noch vor einem Jahre für unmöglich hielten, ist möglich gemacht worden. Innerhalb dieser kurzen Zeit ist aus dem zerrissenen Parteienstaat mit seinen vielen Parteien ein Staat mit einer einheitlichen machtvollen Willensbildung geworden.“

Der deutsche Staat Adolf Hitlers gibt sich indessen nicht mit den politischen Erfolgen zufrieden. Er will mittels ihrer der Wirtschaft neue Formen und neue Festigkeit geben. Durch das Durcheinander und Gegeneinander der unzähligen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wurde die Wirtschaft in höchstem Maße beunruhigt. Die Schlichter, die das frühere System eingeführt hatte, um die streitenden Parteien einander näherzubringen, konnten die Risse, die in der Wirtschaft entstanden, nur oberflächlich überkleistern.

Grundsätzlich brachten die Vertreter der einzelnen Interessengruppen stark überhöhte Forderungen zu den Schlichtungsverhandlungen mit, in der Absicht, man könne sich etwas abhandeln lassen. Mit diesen Forderungen reizten sie aber ihre Anhänger von vornherein zu ebenso hohen Ansprüchen. Das Nachgeben dieser oder jener Gruppe brachte ihren Anhängern dann immer zumindest eine recht starke Enttäuschung, die bestimmt nicht geeignet war, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu klären und zu beruhigen.

Diesem für das gesamte deutsche Volk unheilvollen System bereite der Reichskanzler durch das am 19. Mai verabschiedete „Gesetz über die Treuhänder der Arbeit“

den Garaus. An die Stelle der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und der Schlichter sind die

Treuhänder der Arbeit

getreten, deren Aufgabe es ist, den Frieden der Wirtschaft zu gewährleisten. Sie geben sich nicht mit fruchtlosen Verhandlungen ab, sondern haben das Recht der diktatorischen Entscheidung. Sie werden vom Reichskanzler persönlich ernannt und sind auch nur ihm allein unterstellt, nicht etwa dem Arbeits- oder dem Wirtschaftsminister. Hinter ihnen steht somit die ganze Autorität des Reiches. Es ist deshalb kein Zweifel, daß ihre Stellung ihnen eine riesengroße Verantwortung aufbürdet, die wir indessen gern tragen, da wir wissen, daß ihre Arbeit dazu beiträgt, unser Deutschland wieder aufzubauen.

Dazu gehört das Ausmerzen des Unrechts, durch das so viele Millionen Volksgenossen verärgert wurden. Der Staat schaltet einerseits durch die Treuhänder die Willkür profitieriger Unternehmer aus und legt andererseits denen das Handwerk, die aus eigennütigen Zwecken oder aus politischen Gründen die Belegschaften der Betriebe aufheben.

Die diktatorische Autorität der Treuhänder hat fast über Nacht bewirkt, daß die Forderungen der Parteien auf einmal nicht mehr künstlich überhöht sind, sondern sich in vernünftigen Grenzen halten. Jeder weiß, daß falsche Angaben strafrechtlich verfolgt und unrechtmäßige und unbegründete Forderungen glatt abgelehnt werden. Deshalb ist es den Treuhändern möglich, Fragen, zu deren Entscheidung der Schlichter Tage und Wochen, ja, manchmal Monate benötigten, innerhalb kürzester Zeit zu erledigen. Der Streit um die Feierschichten bei der Reichsbahn beispielsweise, der an vier Monate vor dem Schlichter „verhandelt“ wurde, konnte von dem Treuhänder in ganzen zwanzig Minuten entschieden werden. Und die Tarifregelung im Ziegeleigewerbe dauerte gar nur eine Viertelstunde.“

Bei der letzten Frage ist Staatskommissar Engel, wie er der Presse mitteilte, auf die unhaltbaren Bedingungen gestoßen, unter denen ein Teil der Arbeitnehmer arbeiten mußte. Es war für ihn eine Selbstverständlichkeit, ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. So bestimmt er in dem neuen Tarifvertrag für das Ziegeleigewerbe, daß „jüngliche Arbeiter bis zum Alter von 19 Jahren, sowie leistungsbefähigte und Werk-unvaliden einen jährlichen Mi- urlaub von zwölf Tagen bekommen, und billigte den anderen Arbeitnehmern ebenfalls eine längere Urlaubszeit zu. Er ging von der Erwägung aus, daß

Die Erholung des schwer arbeitenden Menschen einmal im Interesse der Volksgesundheit und damit des Staates, dann aber auch im Interesse des Betriebes selbst

liege. Als eine der nächsten Aufgaben der Treuhänder bezeichnete der Redner die Einführung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist für Arbeiter unter Befreiung der bisherigen Kündigungsfristen von einem Tage oder oftmals sogar nur einer Stunde.

Weiterhin trägt sich Staatskommissar Engel mit dem Gedanken der Einführung eines schriftlichen Arbeitsvertrages, wie ihn jeder Angestellte bei Antritt einer Stellung erhält, auch für Arbeiter. Jeder, der nicht im Besitze eines solchen Vertrages ist, soll dann künftighin als Schwarzarbeiter angesehen werden. Für die Erfüllung dieser Vorschrift werden dann sowohl Arbeitnehmer, als auch Arbeitgeber verantwortlich sein. Durch Betriebs-Razzien will der Treuhänder die Durchführung dieser Vorschriften kontrollieren.

Staatskommissar Engel betonte, daß er bei allen seinen Amtshandlungen als Treuhänder der Arbeit soziale Gerechtigkeit nach dem Motto: „Jedem das Seine!“ walten lasse. Er habe die Betriebe daraufhin zu kontrollieren, daß die Preise nicht zu Lasten des Arbeitnehmers, der Substanz des Betriebes oder der Qualität der Arbeit unterboten werde. Solch unlauterer Wettbewerb müsse verfolgt werden, um die Betriebe und damit die Wirtschaft zu schützen.

„Der Staat führt die Überwachung der Betriebe im Interesse der Volkswirtschaft durch die Treuhänder durch, die von den Behörden und der Polizei bei der Durchführung dieser schweren Arbeit unterstützt werden

müssen. Wer den Betriebsfrieden stört, bekommt den Arm des Staates zu spüren. Streiks oder Aussperrungen verhindern die Treuhänder in jedem Falle, weil sie nur der Wirtschaft schaden!"

Abschließend führte Staatskommissar Engel aus, die Arbeitsbeschaffung sei eine der wichtigsten Fragen unserer Tage. Dem Führer Adolf Hitler sei die Ankurbelung der Wirtschaft, an der sich so viele vor ihm vergeblich versucht hätten, gelungen. Jetzt gelte es, sie weiter zu verfolgen. Dazu seien geordnete Zustände in den Betrieben notwendig. Das ganze Volk müsse mithelfen, das Ziel des deutschen Kampfes zu erreichen. Jeder habe die Pflicht, sich an seinem Posten dafür einzusetzen, daß die Kraft nicht weiter geschwächt und Personalabbau nicht weiter getrieben werde. Jeder habe aber auch die Pflicht, den Kampf gegen das Doppelverdienertum aufzunehmen. Das Ziel bleibe der nationalsozialistische Staat, d. h. der Staat der absoluten Gerechtigkeit. Ihn zu erkämpfen sei die Pflicht eines jeden Volksgenossen, ganz gleich, ob er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sei.

Der Kampf um die Maschinen.

Verfaßtes war nicht nur ein vernichtender Schlag gegen die politische Weltstellung Deutschlands. Aus zahllosen Artikeln des Diktators geht unzweideutig hervor, daß auch die weltwirtschaftliche Stellung des Reiches zerstört werden sollte. Der Erfolg ist bekannt. Als die Dunstfächer der Inflation zerstoßen, zeigte sich, daß die deutsche Wirtschaft unmittelbar vor der Gefahr stand, auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig zu sein und dementsprechend alsbald verdrängt zu werden. Indem sich die deutsche Wirtschaft damals rationalisierte, versuchte sie durch Senkung der Produktionskosten und durch Verbesserung des Produktionsapparates die unerläßlichen Voraussetzungen für die Behauptung der weltwirtschaftlichen Stellung zu schaffen.

Es soll hier nicht untersucht werden inwieweit dies überhaupt möglich war oder nicht. Die unmittelbare Folge jener Rationalisierung war jedenfalls der Erlass zahlreicher menschlicher Arbeitskräfte durch die Maschine. Die Verdrängung Deutschlands aus seiner weltwirtschaftlichen Stellung wäre gleichbedeutend geworden mit einem außerordentlichen Anwachsen der Arbeitslosenziffer — die Rationalisierung, mittels derer man jene Gefahr bannen zu können meinte, hat schließlich genau das gleiche bewirkt. Man kann sagen, daß versucht worden war, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. Ein erheblicher Teil der deutschen Arbeitslosen-Armee setzt sich aus Menschen zusammen, denen die Einführung neuer Maschinen die Arbeitsstelle genommen hat.

Der nunmehr begonnene Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit hat daher natürlicherweise auch die Frage aufgeworfen, inwieweit die Rationalisierung des deutschen Produktionsapparates abgestoppt und wieder rückgängig gemacht werden kann. Das vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz gegen die Verwendung von Maschinen in der Zigarrenindustrie unterjagt eine Fortsetzung der Rationalisierung innerhalb dieses Produktionszweiges. Damit sind allerdings die über 80 000 Arbeitskräfte, die durch die verbesserten maschinellen Herstellungsmethoden erworben worden sind, noch nicht wieder untergebracht. Wahrscheinlich wird hierdurch eine Rückkehr zur Handarbeit ein immerhin nur geringer Teil jener Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, denn das Gesetz sieht ausdrücklich vor, daß eine Anzahl von Hilfsmaschinen (Tabakreismaschine, Tabakschneide- u. Entrippungsmaschine u. a.) beibehalten werden können. Es wird damit eben der Tatsache Rechnung getragen, daß gemäß der gesamten Entwicklung die Maschinenarbeit nur sehr bedingt durch die Handarbeit zu ersetzen ist. In der Zigarrenindustrie ist es wahrscheinlich noch mit am umfangreichsten möglich, wenn das praktische Ergebnis auch hier leider nicht den Hoffnungen entsprechen wird, die sich so mancher arbeitslose Zigarrenarbeiter verständlicherweise macht.

Auf anderen Produktionsgebieten wird man die Rationalisierung des Produktionsapparates vielleicht abstoppen, wahrscheinlich aber nur zum ganz geringen Teile rückgängig machen können. Wir sagen gewiß nicht, daß eine solche „Maschinenfärrerei“ unbedingt zu verwerfen sei, weil sie gleichbedeutend mit einem willkürlichen Rückwärtschrauben der Entwicklung, ja, geradezu ein Rückfall in die „Barbarei“. Wir wollen gern in diese „Barbarei“ zurückverfallen, wenn damit der entsetzliche Zustand der deutschen Arbeitslosigkeit beendet wird. Aber wird er so beendet? Im Thüringischen hatte jüngst ein örtlicher Kommissar angeordnet, daß die Verwendung von gewissen Maschinen in der Glasindustrie, durch die zahlreiche Glasbläser arbeitslos geworden waren, aufhören müsse. Nicht zu Unrecht wurde daraufhin seitens der deutschen Maschinenindustrie bemerkt, daß eine „Maschinenfärrerei“ unvermeidlich zur erheblichen Erhöhung der Arbeitslosenziffer innerhalb der Maschinenindustrie führen muß. Das ist richtig. Es wird, und der Inhalt des Gesetzes gegen die Verwendung von Maschinen in der Zigarettenindustrie beweist es, wie tief sich die Reichsregierung der vollen Schwere dieser Frage bewußt ist — es wird auch künftig sehr sorgfältig geprüft werden müssen, wo eine Erzeugung der Maschinen — durch Handarbeit in Hinsicht auf die Senkung der Arbeitslosenziffer tatsächlichen Erfolg verspricht. Die Reichsregierung, es sei nochmals betont, läßt in dem vorhin genannten Gesetz klar erkennen, daß sie maschinenfärrerischen Forderungen fernsteht. Sie weiß, daß sich das Rad einer geschichtlichen Entwicklung nicht zurückdrehen läßt.

Für Wirtschaftsaufbau und Wirtschaftsfrieden.

Am 12. Juli machte der Führer, Adolf Hitler, vor den versammelten Gauleitern, Treuhändern der Arbeit und Landesobleuten der Betriebszellenorganisation grundlegende Ausführungen über den Wiederaufbau der Wirtschaft im neuen Staat.

In seiner zweieinhalbstündigen großen Rede brachte Adolf Hitler einleitend zum Ausdruck, daß die gewaltige unvorstellbare Zeit, in der wir leben, für unser Volk von reichstem Segen sein werde, wenn die weitere Entwicklung und Aufbauarbeit ebenso planmäßig verlaufe wie die Vorbereitung und Durchführung der nationalsozialistischen Revolution bisher. Im Besitze der Macht, die uns niemand mehr nehmen könne, seien wir in der Lage, nunmehr auch die gesamte kommende Entwicklung zu übersehen und planmäßig zu bestimmen. „Wir haben durch den Kampf das Land erobert, jetzt müssen wir es durch Frieden bestellen.“ Die politische Macht habe man schnell und in einem Zuge erobern müssen, auf dem Gebiete der Wirtschaft aber wären andere Entwicklungsgesetze maßgebend. Hier müsse man Schritt für Schritt vorwärtsgen, ohne das Bestehende radikal zu zertrümmern und unsere eigene Lebensgrundlage zu gefährden. Mit bürokratischen Konstruktionen könne man die deutsche Wirtschaft nicht aufbauen. Die Ausnützung der individuellen Fähigkeiten habe uns groß gemacht und nur durch sie könne auch unser großes Wiederaufbauwerk zum Erfolge kommen. Beugung der höheren Arbeitsleistung unter die mindere Arbeitsleistung werde nicht geduldet. Das fordere das Wohl des deutschen Volkes.

Im Rahmen dieser Grundsätze die Interessen der Gesamtheit wahrzunehmen, das sei das Problem, das uns zur Lösung gestellt sei. Wie auf politischem so könne man auch auf wirtschaftlichem Gebiet Befugnisse und Rechte nur herleiten aus der Leistung. Das Tempo unserer Einwirkung auf die Wirtschaft und die Stellenbesetzung in der Wirtschaft sei daher abhängig von der Heranbildung eines wirtschaftlichen Führernachwuchses. Die Betriebsamkeit gewisser Organisationen auf diesem Gebiete sei noch keineswegs der Beweis dafür, daß dieser Nachwuchs bereits vorhanden sei. Es sei Grundsatz der NSDAP, eine Stelle nicht eher neu zu besetzen, solange nicht eine fähigere durch Leistung erprobte Persönlichkeit zur Verfügung stehe.

Wer nur an die Vergangenheit denke und sich nicht mit der Zukunft beschäftige, sei ein schlechter Nationalsozialist.

Was ihn, den Führer, wirtschaftlich interessiere, sei allein die Zukunftsaufgabe, das deutsche Volk wieder in Arbeit zu bringen und seine volle Konsumkraft wiederherzustellen. Deshalb habe er auch mit Genugtuung Kenntnis genommen von der Anerkennung, die Deutschlands bisherige Leistungen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kürzlich in Genf gefunden habe.

Zum Schluß kennzeichnete der Führer in eingehenden Ausführungen die verschieden gearteten Aufgaben von Regierung und Partei. Die große und entscheidende Aufgabe der Partei sei die Erziehung des deutschen Menschen, Aufgabe der Regierung, das Leben der Nation funktionell in Gang zu halten. Die Synthese zwischen dem idealistischen Nationalsozialismus und den realen Erfordernissen der Wirtschaft gelte es zu verwirklichen. Er kapitulierte bei allem, was er tue, nur vor der Vernunft. Er habe den Ehrgeiz, ohne Rücksicht auf Augenblicksstimmungen etwas zu schaffen, was der Kritik der Nachwelt standhalte. Die Partei habe 14 Jahre lang keine Konzessionen an die Popularität gemacht, 14 Jahre lang an die Perspektiven gedacht und 14 Jahre lang eine beispiellose Disziplin geübt. Wenn wir auch in Zukunft nach diesen bewährten Grundsätzen der Partei handelten, dann werde der Erfolg gewartig und ein Rückschlag für das deutsche Volk nicht mehr denkbar sein.

Am folgenden Tage versammelte der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt einen Kreis führender Persönlichkeiten aus der Wirtschaft um sich und machte Mitteilung, wie er sich, in Ausführung des Programms des Führers die nächste Entwicklung denke.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt führte im wesentlichen folgendes aus: Unser Führer und Reichszankler Adolf Hitler hat mir sein Vertrauen geschenkt und mich an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums berufen. Für mich gab es in diesem Augenblick keine Ueberlegung. Die Frage, ob ich der Aufgabe gewachsen bin, deren Größe und Verantwortung ich mir im vollsten Maße bewußt bin, war mit der Tatsache der Berufung entschlossen. Ich tue meine Pflicht, und gebe mein Bestes, solange ich das Vertrauen des Führers habe. Mit dieser Erkenntnis, die ich für das Wichtigste in meiner Stellung halte, verbinde ich die Ansicht, und bin darin in Uebereinstimmung mit dem Führer, daß es unmöglich die Aufgabe des Staates und des Wirtschaftsministeriums oder sonst irgendeines behördlichen Organes sein kann, die Vorgänge in der Wirtschaft im Einzelnen verantwortlich zu bestimmen und zu regeln. Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst, d. h. von den aus ihr herausgewachsenen verantwortlichen Führern gelöst werden. Der Staat soll verwalten und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften.

Im Mittelpunkt des Arbeitslosenproblems.

Das entscheidende Problem ist die Zurückführung von 5 Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß. Wenn

es der Regierung gelingt, diese Aufgabe zu lösen — und ich habe keinen Zweifel, daß sie gelingt — so werden damit auch alle anderen Probleme gelöst sein. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nicht durch künstliche Arbeitsbeschaffung erfolgen. Diese kann nur dazu dienen, die ungeheure Depression mit einem Gewaltstreich aus der Welt zu schaffen. Man kann eben nicht warten, bis die Gesundung aus der Natur heraus von selbst kommt. Insofern bin ich durchaus dafür, daß die Regierung alles unternimmt, um die Depression zu beseitigen. Es muß aber dabei allmählich die ganze Wirtschaft erfasst, belebt und so in Gang gebracht werden, daß der natürliche Aufschwung und die natürliche Aufwärtsentwicklung die Folge ist. Deshalb ist es auch die Absicht des Führers, die Arbeitsbeschaffung, soweit sie von der Regierung erfolgt, in Zukunft soweit wie irgend möglich so zu gestalten, daß nicht allein unmittelbar öffentliche Aufträge gegeben werden, sondern daß man für die praktische Wirtschaft Erleichterungen schafft, die dadurch in Arbeit umgewandelt werden.

Das Entscheidende aber ist, — und darin setze ich die erste Aufgabe des Wirtschaftsministers — die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß so schnell wie möglich in unserer Wirtschaft der Glaube befestigt wird, daß die Sicherheit des wirtschaftlichen kalkulatorischen Abschlusses hat, das überhaupt denkbar ist. Wir sind uns darüber klar, daß ohne Rechtssicherheit und ohne wirtschaftliche Kalkulationsmöglichkeit der Kaufmann in seinen Entscheidungen auf das schwerste gehemmt wird. Die Wirtschaft muß aber auch ihrerseits die großen und schweren Aufgaben der Regierung unterstützen. Der Führer hat wiederholt Klipp und klar ausgesprochen, daß es nicht ohne die Köpfe der Wirtschaft geht, und daß jeder Versuch einer Sozialisierung der Wirtschaft an den Menschen scheitern muß. Was uns groß gemacht hat, ist die Ausnützung der individuellen Fähigkeit. Wenn wir sozialisieren, würden wir als Maßstab des Tempos der nationalen Arbeit das Tempo der langsamsten Arbeit aufstellen. Wir dürfen niemals eine Beugung der höheren Fähigkeit durch die niedere zulassen.

Die oberste Aufgabe des Wirtschaftsministers setze ich viel weniger in einer Aufstellung von wirtschaftlichen Konstruktionen und Plänen, als vielmehr in der Organisation der vorhandenen praktischen, realen Wirtschaftsmöglichkeit. Es ist nicht Aufgabe des Reichswirtschaftsministeriums, in die einzelnen Wirtschaftszweige einzugreifen und darin heranzuregieren. Man muß aber natürlich die Möglichkeit dazu offen halten. Wenn es heißt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz, so kann damit nur gemeint sein, daß sich das selbstverständliche Erwerbsinteresse nicht so ausbreiten darf, daß man dabei das Gemeinwohl, das Staatswohl übersteigt oder gar stört. Die Aufgabe, die ruhige Arbeit in der Wirtschaft zu fördern, glauben wir dadurch am besten lösen zu können, daß wir den unmittelbaren persönlichen Kontakt mit der Wirtschaft draußen suchen. Wir haben deshalb die Absicht, zunächst einmal den Wirkungskreis der Treuhänder der Arbeit auf allgemeine wirtschaftliche Fragen auszuweiten und diese bei unseren uns unmittelbar unterstellten Organen als Verbindungsmänner zu benutzen, um Menschen aus dem Leben, die den Kontakt nach allen Seiten haben, an Ort und Stelle zu besetzen, die vermittelnd tätig werden können, wenn irgendwo Eingriffe oder Störungen vorkommen. Wir haben davon abgesehen, eine neue zu schaffen, denn ich glaube, auf diesem Gebiete ist schon des Guten zuviel getan.

Der ständische Aufbau, der in unserem Reich selbstverständlich kommen muß und dessen Nichtvorhandensein gerade jetzt sehr schmerzhaft empfunden wird, ist im Augenblick abgestoppt und zurückgestellt worden, nicht weil er nicht kommen soll, sondern weil die Gefahr besteht, daß eine ganze Reihe unberufener Elemente versucht, auf diesem Gebiete Experimente zu machen, die Wirtschaft zu stören, sich Einflußsphären zu schaffen, Stellungen auszubauen und zu allen möglichen Absichten durchzuführen. Es ist deshalb der Wille des Führers, hier zunächst einmal eine klare Linie zu ziehen und den Weg der langsamen und gesunden Entwicklung zu gehen.

Dem ständischen Aufbau ist die Aufgabe zugeordnet, im Volke von oben bis unten dafür zu sorgen, daß man den Staat und seine Absichten versteht und daß man geistig unser Volk zum Nationalsozialismus hinführt und für die weitere Zukunft alle Kreise des Volkes in dem großen Gedanken erzieht und schult: Wir sind eine Einheit und wollen alle dasselbe, wir hängen alle voneinander ab, im Gegensatz zu der überstandenen, Gott sei Dank überstandenen Staatsauffassung: wir sind alle gegeneinander, wir sind Arbeiter und Gewerkschaftler, wir sind Unternehmer oder Händler oder Industrielle, jedenfalls Interessenten. Denken Sie nur an das, was sich gegenwärtig als eine absolute Fortpflanzung des alten Regimes, z. B. in einzelnen Auswüchsen in den Kampfzünden noch abspielt, die nichts anderes tun, als die eigenen Interessen vor die der Allgemeinheit zu stellen. Es wird der ruhige Aufbau derjenigen Kräfte, die das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, durch derartige Dinge unerhöht gestört. Wir können nicht im Sinne des Führergebans heute fragen: Wer ist nun der Vorsitzende eines Verbandes? Es würde ein Verhängnis sein, wenn wir nicht in der Lage wären, die richtigen Männer selbst herauszustellen. Es war nahe daran, daß diese Männer von anderen bestimmt werden.

Der zweite Wunsch ist folgender: Meine Herren, verstehen Sie, um was es geht. Es gibt sicherlich viele unter Ihnen, die in den ganzen Jahren den Dingen

